

Normative Ansprüche von *diversity*¹. Grenzen einer Ethik der Differenz?

Lucas von Ramin

Einleitung

Die Kategorie der Diversität ist in den letzten Jahren nicht nur zu einem gleichstellungspolitischen Paradigma geworden, sondern wird regelmäßig aus konservativen, liberalen, aber auch progressiven Kreisen kritisiert. Die Aufwertung multikultureller und feministischer Gesellschaftsentwürfe hätte nicht nur das soziale Band zerschnitten und zu einer Zersplitterung in sich feindlich gegenüberstehende Gruppen geführt, sondern zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit beigetragen (vgl. Fukuyama 2018). Zudem wird Diversität auch als bloßer Fokus auf Besonderheiten im Prozess kapitalistischer Verwertung verstanden (vgl. Fraser 2017: 71–76). Wiederholend ist das Motiv der Kritiker:innen, dass sich die mit diversitätspolitischen Ansätzen verbundenen Forderungen² nach gleicher Anerkennung und Emanzipation letztlich nicht erfüllen.

Die akademische Kritik richtet sich besonders gegen queere, feministische und radikaldemokratische politische Theorien, die als inhaltlicher Überbau des Diversitätsparadigmas verstanden werden und durch ihre Kritik am ‚Allgemeinen‘ oder ‚Normalen‘ keine versöhnliche Perspektive erkennen lassen. Weil, so diese Theorien, das Allgemeine als Herrschaft imperialer, kolonialer und hegemonialer Strukturen begriffen wird, ist dem Partikularen ein normativer Vorteil zuzuschreiben (vgl. Flügel-Martinsen/Martinsen 2023: 141). Eingebettet ist diese Problemstellung in ältere und grundlegendere Debatten zum Verhältnis von Universalismus und Partikularismus. Insbesondere an der europäischen Moderne wurde kritisiert,

-
- 1 Ich werde im Text die Begriffe *diversity* und *Diversität* synonym verwenden. Aufgrund der über die deutschsprachige Gesellschaft hinausreichenden Debatte habe ich mich jedoch für den englischen Ausdruck entschieden.
 - 2 Wie im Folgenden noch dargelegt, verstehe ich damit *Diversität* nicht nur als neutrale Feststellung von Verschiedenheit, sondern gehe davon aus, dass Verschiedenheit als Voraussetzung von Diskriminierung jene auch kritisch thematisiert (vgl. Krell 2015: 89).

dass deren Eintreten und damit die Verbreitung universaler Prinzipien (bspw. Menschenrechte, vgl. Benoist/Lührmann 2004) vielfach mit Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen einherging. Die Kritik gilt dem Ideal eines rein rational-objektivistischen Universalismus, der aufgrund seines Fokus auf ein überhöhtes Verständnis von Vernunftgebrauch keine Sensibilität für Differenzen, Asymmetrien und Alterität aufbringt (Rentsch 2000: 100ff.).

Diversity ist daher nicht nur ein neutrales Konzept des Explizierens von Unterschieden. Diversitätspolitik zeigt einerseits, dass Unterschiede sich durch gesellschaftliche Prozesse konstituieren und daher nicht einfach quasi-natürliche Kategorien darstellen. Andererseits rückt durch diese Annahme die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Gruppen und die damit verbundene Analyse von Machtverhältnissen in den Mittelpunkt. Diversitätspolitik zielt folglich auf Emanzipationsbemühungen sozial und politisch unterdrückter Individuen oder Gruppen ab, wie feministische, postkoloniale und queere Anliegen deutlich machen. Demokratietheoretisch ist damit zudem der Anspruch auf Gleichheitsprinzipien verbunden, die es jedem erlauben sollen, aktiv an gesellschaftlicher Gestaltung teilzuhaben (vgl. Lindner 2018). Selbiges gilt zunächst auch für den kritisch betrachteten Bereich des Diversitätsmanagements. Auch wenn mit *diversity* hier die Hoffnung auf Steigerung der Innovationskraft verbunden ist, wird die Anerkennung von Vielfalt als notwendigen Bestandteil von Organisationen und Unternehmen angesehen (AG Queer Studies 2016: 111). Ob nun aus sozio-moralischer, politischer, organisatorischer oder ökonomischer Perspektive: Es ist der artikulierte Mehrwert, der von Kritiker:innen in Frage gestellt wird.

Wie berechtigt die genannten Kritiken sind, lässt sich daher nur beantworten durch die Präzisierung der Frage, welcher normative oder sogar universalistische Anspruch partikularen Bewegungen eingeschrieben ist und wie sich dieser Anspruch in der Kategorie der Diversität widerspiegelt? Um dieser Frage nachzugehen, wird in folgenden Schritten vorgegangen:

Erstens werde ich anhand zweier zentraler Konzepte, dem Konzept der Hegemonie und dem Konzept der Kontingenz, darlegen, welche normativen Ansprüche durch spezifische Forderungen nach und den Verweis auf Diversität verwirklicht werden. Ich habe mich für diese Konzepte entschieden, da sie auf übergreifende Weise die Vielfalt poststrukturalistischer Ansätze verknüpfen. Dadurch nehme ich gleichzeitig die Kritik queerer Positionen an normativen Identitätspolitikern durch Diversitystrategien auf,

die vor unflexiblen Zuschreibungen warnen (AG Queer Studies 2016: 114). Zweitens beabsichtige ich, die Vorwürfe in Bezug auf eine Ideologisierung von *diversity* zu diskutieren, indem ich *diversity* aus einer ideologiekritischen Perspektive nicht an externen Maßstäben, sondern im Sinne einer immanenten Kritik bewerte. Hierbei beziehe ich mich insbesondere auf Rahel Jaeggis (2021) und Robin Celikates' (2017) Konzept der Kritik zweiter Ordnung, welches nicht auf falsche Weltbilder, sondern auf Blockaden von Urteilskompetenzen abzielt. Drittens und abschließend stellt sich die Frage, welche normativen Annahmen angesichts der ideologiekritischen Perspektive mit *diversity* in Verbindung gebracht werden müssen?

diversity als universalistische Ethik der Differenz

Wie bereits durch den Hinweis auf die philosophische Debatte zwischen Universalismus und Partikularismus verdeutlicht, gilt auch für die politische Ideengeschichte, dass die Anerkennung des Problems der Diversität keine neue Herausforderung darstellt. Bereits im Liberalismus des 18. Jahrhunderts galt es im Zuge der Religionskonflikte nach politischen Lösungen zu suchen, die die religiöse und kulturelle Vielfalt anerkennen (Schubert 2012: 388). Verwiesen wurde zumeist auf abstrakte (Vernunft-)Prinzipien, die staatlicherseits eine Neutralität gegenüber weltanschaulichen Konflikten wahren sollten.

Allerdings wurde zu Recht Skepsis laut, ob so konstruierte allgemeingültige moralische Prinzipien nicht erneut einen Geltungsanspruch proklamierten, der einerseits zu Gleichmacherei führe und andererseits nicht hinterfragbare Herrschaftsverhältnisse schaffe. Mit den Texten und Theorien der Kritischen Theorie, des Poststrukturalismus, der kritischen Wissenschaftstheorie und der Postmoderne (vgl. Zima 2016) wurde deutlich, dass außerhalb von Kultur und Sprache nicht sinnvoll über verbindende Deutungsweisen verhandelt werden kann. Dieses Bewusstsein über die Kontextabhängigkeit unseres Wissens veranschaulichte, dass die „Hoffnung auf universell vernünftige Prinzipien“ (Schubert 2012: 288) nicht aufrechterhalten werden kann. Besonders unter dem Begriff der Lebensform wurde philosophisch auf die Inkommensurabilität konkreter Lebenswirklichkeiten verwiesen und somit auf eine nicht hintergehbare Differenz (vgl. Rentsch 2000: 110). In der Moralphilosophie musste daher nach anderen Modellen gesucht werden, die Gesellschaften nicht unter einheitliche Geltungsansprüche zwangen. In einer solchen „Kultur der Differenz“ ging es darum,

die „ethischen Möglichkeitsbedingungen des Verstehens und der deutenden Interaktion mit dem Fremden [...] auszuarbeiten“ (Rentsch 2000: 118).

Eine analoge Bewegung lässt sich auch für die Demokratietheorie identifizieren. Unter der Bezeichnung multikulturelle Demokratietheorie (siehe beispielsweise Harell/Stolle 2010; Kymlicka 2013) wurde entgegen dem liberalen Paradigma betont, dass sich moderne Gesellschaften durch eine Pluralität von Identitäten und Lebensformen auszeichnen, auf die auch die normativen Begründungen der Politik Bezug nehmen sollten. Es wurde gefordert, wie beispielsweise in der kommunitaristischen Tradition, eine stärkere Betonung der kulturellen Besonderheiten und deren Wert für die Konstitution des Gemeinwesens einzubeziehen. Allerdings wird an diesen Konzepten (zu Recht) kritisiert, dass sie Kultur bzw. die Kulturen weitestgehend essentialistisch betrachte und damit erneut Ausschlüsse erzeugen würde (vgl. Mason 2007), denn „die gleichförmige Anwendung vermeintlich neutralen Rechts führt zu struktureller Diskriminierung bis hin zum Verschwinden kultureller Minderheiten.“ (Schubert 2012: 398)

Wenn ich mich im Folgenden maßgeblich auf Theoriebausteine der radikalen Demokratietheorie beziehe, so deshalb, weil diese Theorie, analog zur Frage nach einer Kultur der Differenz, Differenzen und den damit verbundenen politischen Anspruch ernst nimmt. Letzterer drückt sich in der Prämisse einer radikalen Gestaltungs Offenheit politischer und gesellschaftlicher Ordnungen aus, um Essentialisierungen zu vermeiden. Diskutiert wird allerdings, ob mit diesen Formen einer radikalen Grundlosigkeit überhaupt noch von normativen Begründungen gesprochen werden kann (vgl. Flügel-Martinsen 2022; Ramin 2021). Zwar liegt auf der Hand, dass die Betonung einer Demokratisierung und das Eintreten für eine multikulturelle Gesellschaft mit normativen Anforderungen verbunden ist, doch ein Blick auf die Theoriegrundlagen bringt Schwierigkeiten mit sich, wie genau diese Anforderungen zu verstehen sind (vgl. Ramin/Schubert/Gengnagel/Spoo 2023). Während beispielsweise Oliver Flügel-Martinsen sich explizit von normativen politischen Theorien abgrenzt oder Jacques Rancière an Gleichheitsansprüche erinnert, sehen wiederum andere Denker:innen den normativen Mehrwert in einer nicht hintergehbaren Unbestimmtheit und damit in der Notwendigkeit politischer Konflikte und Aushandlung. Im Anschluss an letztgenannten Eigenwert von Unbestimmtheit, will ich anhand der Kategorie der Hegemonie und der Kontingenz deutlich machen, dass es bei der Betonung von Diversität trotz des Fokus auf Besonderheit um einen allgemeinen Anspruch geht. Beide Konzepte, so die grundle-

gende These, bilden einen gemeinsamen Nenner diversitätssensibler Ansätze.

diversity als Hegemoniekritik

In Bezug auf das Konzept der *Hegemonie*, werden immer wieder die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe als zentraler Ausgangspunkt herangezogen. Im Anschluss an die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci entwickeln sie in ihrem Werk *Hegemonie und radikale Demokratie* (Laclau/Mouffe 2015) eine Gesellschaftstheorie, die Gesellschaft als das Ergebnis politischer Konflikte versteht, in denen sich, so Flügel-Martinsen, „widerstrebende und damit immer auch schon diverse Positionen in hegemonialen Kämpfen gegenüberstehen.“ (Flügel-Martinsen 2020: 31) Nach dieser Logik wird eine Position dann hegemonial, wenn sie nicht mehr als eine von vielen erscheint, sondern als die relevante bzw. allgemeine Position. Die Wiederbelebung des Politischen bzw. die demokratische Revolution zeichnet sich dann dadurch aus, dass die Hegemonie, also die Inanspruchnahme des Allgemeinen, einsehbar und gebrochen wird.

Die Einsicht hat dabei einen eminent politischen und emanzipatorischen Charakter. Weil sich die Pluralität der Gesellschaft unter der herrschenden Position und den damit verbundenen Institutionen nicht abbilden kann, erinnert der Hinweis auf das Besondere an Erfahrungen von Herrschaft und Unterdrückung. Oftmals ist es Rancière³, der mit seinen Arbeiten den normativen Rahmen der Kritik an Hegemonie spannt. Denn die Störung der hegemonialen Ordnung lässt sich bei ihm als Erinnerung an den „Anteil der Anteillosen“ (Rancière 2018: 22) verstehen, den Ordnungen notwendigerweise erzeugen. Rancière geht es um mehr als die konkrete Situation. Es geht ihm um die Erinnerung an jene Gleichheit, die als Ermöglichungsbedingung der Politik zugrunde liegt und die immer nur durch hegemoniale oder, in seiner Sprache, polizeiliche Ordnungen überdeckt wird. Gleichheit, so Susanne Krasmann über Rancière, „verifiziert

3 In der Rancière-Rezeption ist umstritten, inwiefern seine Theorie auf den Diskurs um Identitätspolitik anwendbar ist. Wenn Identitätspolitik jedoch maßgeblich als Kritik an Identitätszuschreibungen und damit verbundenen Marginalisierungsprozessen verstanden wird, lässt sich das „Unvernehmen“ (Rancière 2018) als Störung der „Aufteilung des Sinnlichen“ (Rancière 2008) fassen. Rancière selbst schreibt: Politik „ist die Kunst der verdrehten Ableitungen und der gekreuzten Identitäten“ (Rancière 2018: 148).

sich erst in der Artikulation des Dissenses.“ (Krasmann 2012: 87) Diese Position wurde in den letzten Jahren besonders durch den Hinweis auf migrantische, feministische oder transsexuelle Ansprüche sichtbar, die in Debatten über eine ‚Leitkultur‘ oder das ‚Scheitern des Multikulturalismus‘ ignoriert werden (vgl. Schubert 2024). Diversitäts- und Identitätspolitik hat somit zum Ziel, den unterdrückten Positionen eine Stimme zu verleihen und sie als gleichberechtigte Teilnehmer:innen des politischen Diskurses sichtbar zu machen.

Neben Gleichheit wird zudem der Rückgriff auf Freiheit herangezogen. So macht beispielsweise Sarah Gebh deutlich, dass die Stärke der radikalen Demokratietheorie „in der Hinterfragung und Kritik jeglicher Fixierung des Politischen, sei es von normativer oder institutioneller Seite“ (Gebh 2022: 578), zu finden ist. Sie sieht in dieser radikalen Offenheit einen normativen Vorteil, der jedoch ohne die Notwendigkeit einer abschließenden Begründung auskommt. Zur Darstellung dieser Lesart greift sie auf die politische Ideengeschichte zurück und verweist darauf, dass Demokratie schon seit der Antike mit dem Prinzip der Freiheit verbunden ist.

„Die Idee der Selbstregierung, des wechselseitigen Regierens und Regiertwerdens, wurde genau deswegen als so gefährlich eingeschätzt, weil sie sich gegen jegliche Fixierung sträubt und ihre eigene Kontingenz als Existenzbedingung voraussetzt. Nicht Gleichheit oder Gerechtigkeit wurden als Hauptmerkmal der demokratischen Form ausgemacht, sondern politische Freiheit im Sinne des konstanten Prozesses der Selbstregierung, der andauernden Institution und Destitution.“ (Gebh 2022: 584)

Freiheit ist so ein „animierendes Prinzip der demokratischen Idee“ (Gebh 2022: 585), dessen Essenz nicht vorhanden oder wenn vorhanden, mit der Denkfigur des „grundlose[n] Grundes“ (Gebh 2023) zu kennzeichnen ist. Ein ähnlich argumentatives Vorgehen findet sich bei Karsten Schubert. Auch hier wird, aber in Anschluss an Foucault, Freiheit als die Fähigkeit zur reflexiven Kritik der eigenen Subjektivierung beschrieben (Schubert 2018). Bezogen auf die institutionelle Leerstelle, erkennt Gebh dann nicht nur die Möglichkeit von Kritik, sondern auch den Raum Alternativen zu imaginieren, den sie mit dem Konzept der Utopie beschreibt: „Utopie nicht als singulärer Entwurf, sondern als Prozess des Aufdeckens der Vielzahl von alternativen Welten.“ (Gebh 2022: 588)

Der Fokus auf das Besondere steht damit für jenes wirkliche Allgemeine einer pluralen, nicht abschließend in eine endgültige Ordnung zu bringenden Gesellschaft. Die normativen Ansprüche von Freiheit und Gleichheit

realisieren sich im Kontext des Konzeptes der Hegemonie deshalb nicht durch die Etablierung einer neuen Hegemonie, sondern dem ständigen Ringen um diese bzw. dem Hinweis auf jene notwendig Ausgeschlossenen. Wie Flügel-Martinsen in seinem Einführungsband zeigt, muss Demokratie daher als eine fortlaufende Auseinandersetzung darüber verstanden werden, wie wir gesellschaftliche Ordnungen anders gestalten können, als sie derzeit sind (Flügel-Martinsen 2020: 62). Normative Leitbegriffe werden so als Ergebnis einer unendlichen, sich immer im Entstehen befindlichen Praxis gedacht.

diversity als Kontingenzaffirmation

Dieses Gesellschaftsbild und die damit verbundenen normativen Ansprüche gehen auf die Annahme einer grundlegenden Kontingenz zurück, also der Auffassung, dass etwas weder notwendig noch unmöglich ist (vgl. Ramin 2022: 35–46). Diese Annahme bildet die theoretische Grundlage von Hegemonieanalysen und findet sich mittlerweile zu Beginn fast jedes Bandes zur radikalen Demokratietheorie oder allgemeiner zur poststrukturalistischen Theorie. Denn das Prinzip der Hegemonie lässt sich nur denken, wenn es keine abschließende, göttliche oder vernünftige Ordnung gibt. Der Streit, so heißt es bei Flügel-Martinsen, „kann als ergebnisoffene, weltumgestaltende Auseinandersetzung deshalb geführt werden, weil gesellschaftliche Ordnungen und die Positionen, die sie zuweisen, gerade kein festes Fundament haben.“ (Flügel-Martinsen 2020: 61) Diese Position wurde insbesondere unter dem Label des Postfundamentalismus diskutiert. Dieser geht, wie Oliver Marchart (2016: 26) betont, nicht nur gegen Behauptungen letzter Gründe vor, sondern auch gegen die Behauptung, es gebe gar keine Gründe. Es gibt konkrete situative und historische Gründe, denen jedoch kein dauerhafter Geltungsanspruch zugeschrieben werden kann. Die Betonung von Diversität zielt in dieser Logik nicht auf streng gegenüberliegende Unterschiede und Identitäten ab, sondern vielmehr auf die Wandelbarkeit und Kontingenz dieser. Forschung zu Konzepten wie ‚Intersektionalität‘ oder ‚multiple belonging‘ verdeutlicht dabei die Dynamik und Komplexität von Diskriminierungsformen sowie die Flexibilität und Pluralität von Identitätsmodellen (vgl. Hirschauer 2014).

Im Vergleich zum beschriebenen Gleichheitsanspruch wird hier eine Form politischer Ethik, oder wie Marchart es nennt, eine „postfundamen-

talistische Theorie der Anerkennung“ (Marchart 2016: 352) artikuliert. Da Identität nicht etwas Abschließendes und Festes sein kann, sollten wir uns nicht auf deren Anerkennung, sondern auf die Anerkennung des Mangels an Identität konzentrieren. Gemeint ist damit, Sensibilität und Verantwortung für jene Identitätszwänge zu entwickeln, denen wir selbst und somit auch alle anderen ausgesetzt sind.⁴ Diversität ist dann ein Marker für jenes Verständnis und jene Verantwortlichkeit, die wir gegenüber dem uns nicht eigenen entwickeln sollen. Gebh spricht in diesem Zusammenhang auch von „Kontingenzaffirmation“ (Gebh 2022: 579), um den normativen Eigenwert radikaldemokratischer Theorien zu betonen.

Zusammenfassend kann in aller Kürze von zwei normativen Ausrichtungen der Betonung von Besonderheit und Diversität gesprochen werden. Einerseits geht es um einen politischen Gleichheitsanspruch, weil durch den Hinweis auf Unterschiede, gesellschaftliche Ungleichheit sichtbar wird und bearbeitet werden kann. Damit einher geht auch ein Anspruch auf Freiheit im Sinne der Möglichkeit politischer Mitgestaltung. Andererseits ist die Betonung von Diversität mit dem normativen Anspruch verbunden, Anerkennung für Verletzungen, die mit Zugehörigkeiten einhergehen, zu schaffen. Diese Ausrichtungen umfassen Prinzipien der Reflexivität, Urteilstkraft und Verantwortung, denen ein normativer Eigenwert zugeschrieben wird. Für beide Varianten gilt, dass sie als eine spezifische Form eines normativen Universalismus gelesen werden können, der jedoch nicht rational-objektivistisch verstanden werden darf. Die epistemische Kritik, dass die Kontextabhängigkeit von Bedeutung und Erkenntnis selbst eine Aussage mit universellem, den Kontext transzendierenden Geltungsanspruch darstellt, ist in Bezug auf normative Fragestellungen unproblematisch, da sie sich auf eine Praxis beziehen und nicht auf substantzialistische Festlegungen. Aus Gründen der Einfachheit wird die beschriebene Normativität des Diversitätskonzeptes als *Ethik der Differenz* bezeichnet.

4 Marchart zeigt dies beispielhaft an dem Verständnis von Solidarität. Solidarisch kann ich in diesem Sinne nur mit jemandem sein, dessen Position sich von meiner unterscheidet: „Dies hat nun aber eine zentrale Voraussetzung: Um überhaupt solidarisch mit jemandem sein zu können, der meine Position gerade nicht teilt, muss ich von der Identifikation mit meiner eigenen Position teilweise abrücken und mich von der Gemeinschaft, zu der ich gezählt werde, entsolidarisieren. Bedingung der Solidarität mit dem Anderen ist die Entsolidarisierung mit dem Eigenen.“ (Marchart 2016: 359).

Ideologiekritik und Diversität

Abseits der polemischen Kritik, Diversität sei als Art Ideologie aufzufassen, weil sie entgegen ihres Anspruchs Ausschluss und radikale Einstellungen erzeugt⁵, muss ernsthafte Kritik sich mit der Frage auseinandersetzen, wo das als Ethik der Differenz beschriebene Modell seine Grenzen findet. Diese Analyse gestaltet sich anspruchsvoll, da es keinen klaren Normenkatalog gibt, dessen Einhaltung objektiv überprüft werden kann. Im Gegenteil, der normative Mehrwert diversitätssensibler Ansätze wird in der Regel durch bestimmte Praktiken oder Erkenntnisse definiert, wie beispielsweise der Bezug auf Begriffe wie Befragung, Infragestellung, Urteilskraft oder Sensibilität verdeutlicht wurde.

Methodisch betrachtet bietet es sich daher an, an einige Erkenntnisse aus gegenwärtigen Debatten zur Ideologiekritik anzuknüpfen. Einerseits, weil es genuin zur Aufgabe von Ideologiekritik gehört, ideologische Strukturen aufzudecken. Ideologie wird hierbei nicht als eine Sammlung abstrakter Ideen oder als falsche Form des Bewusstseins verstanden, sondern als soziale Praxis, die das Denken und Handeln von Individuen beeinflusst und die individuelle Freiheit einschränken kann (vgl. Eagleton 2000; Stahl 2020). Nach Jaeggi (2016: 268) sind Ideologien „Überzeugungssysteme, die praktische Konsequenzen haben“. Sie sind das Produkt gesellschaftlicher Strukturen und Praktiken und prägen diese wiederum. Daher müssen die Analyse und das Verständnis dieser Strukturen ebenfalls ein Bestandteil der Kritik sein.⁶

Im Anschluss an ein solches Verständnis von Ideologie ist andererseits die Aufgabe der Ideologiekritik analog interpretierbar zum dargelegten normativen Mehrwert des Diversitätsparadigmas. Für Jaeggi ist Ideologiekritik eng verbunden mit der Auflösung von „Verselbstverständlichmachung“

5 Um nur einige Beispiele zu nennen: „Das Eigentor der Diversitätsapostel“ titelt welt.de am 16. Februar 2022, die Süddeutsche Zeitung fragt eine Woche zuvor „Ist das Vielfalt oder tut das nur so?“ und die Neue Zürcher Zeitung berichtet am 20. Mai 2022 von „Diversity-Extremisten an den Unis – warum sich ausnahmsweise eine Täter-Opfer-Umkehr lohnt“. Übernommen von Svenja Efinger (2023).

6 Die komplexen Definitionsversuche von Ideologie weisen darauf hin, dass es nicht nur um eine falsche Sichtweise, sondern um eine richtige Sichtweise auf falsche Verhältnisse geht. Titus Stahl unterscheidet deshalb, in Anlehnung an Marx, zwischen „kognitiver“ und „nicht-epistemischer Kritik“. Während die erste das bereits erwähnte falsche Bewusstsein durch ein richtiges ersetzen will, zielt die letztere darauf ab, Ideologien als Wiedergabe oder Produkt existierender und zu problematisierender gesellschaftlicher Verhältnisse zu verstehen (Stahl 2021: 230, 233).

(Jaeggi 2016: 281) und dem Eröffnen von Handlungsalternativen, also einer Einsicht in gesellschaftliche Widersprüche. Ideologiekritik meint somit maßgeblich die Fähigkeit zur Teilnahme an Praktiken der Kritik. Auch Celikates beschreibt Ideologiekritik als Kritik zweiter Ordnung (Celikates 2017: 62; Jaeggi 2016: 281), die nicht das direkte Erleben von Ungerechtigkeiten thematisiert, sondern derartige Ordnungen, in denen „soziale Verhältnisse nicht als ungerecht oder ausbeuterisch erfahren werden oder zwar intuitiv auf diese Weise empfunden, aber nicht erkannt, oder zwar erkannt, aber nicht adäquat interpretiert und artikuliert werden.“ (Celikates 2017: 64) Der Wert von Kritik liegt für ihn deshalb in der Auflösung von „Blockaden der Ausbildung oder Ausübung reflexiver und kritischer Fähigkeiten“ (Celikates 2017: 65) und damit in der Ermächtigung zum eigenen Urteilen. Ideologiekritik ist folglich die Analyse und Kritik sozialer Blockaden.

Diskutiert werden muss daher, wie die genannten normativen Ansprüche des Diversitätsparadigmas, mit den mit ihnen verbundenen Praktiken tatsächlich realisiert werden können. Zum Zweck der Darstellung werde ich im Folgenden die Suche nach solchen Blockaden erneut an dem *Konzept der Hegemonie* und an dem *Konzept der Kontingenz* orientieren.

Hegemoniekritik und Essentialismusvorwurf

Bezogen auf das Konzept der *Hegemonie* wurde eingangs besonders die Kritik hervorgehoben, dass Diversitätsgebote und -politiken zu einer unveröhnlichen Gegenüberstellung gesellschaftlicher Gruppen führen, welche schließlich das soziale Band als notwendiges Bindungsglied von Gesellschaft zerschneidet (vgl. Lilla 2017; Boehm 2023). Ein solch augenscheinlicher Widerspruch des Pluralitätsgebots findet sich in dem rechtspopulistischen Ideal des Ethnopluralismus (vgl. Pradella 2020: 100). Gerade in der sogenannten *Neuen Rechten* kommt dem Kulturkampf, dem Versuch die liberal-demokratische Hegemonie durch einen Wandel der politischen Ideenwelt zu brechen, hervorgehobene Bedeutung zu. Wie Stefan Vennmann zeigt, beruht der Ethnopluralismus, also die Verteidigung kultureller Identität und kultureller Differenz, auf einer Idee von Diversität, die die räumlich gebundenen Ethnien rein halten will (Vennmann 2018). Diese Praxis der Pluralisierung richtet sich nicht nur gegen kosmopolitische und multikulturelle Vorstellungen, sondern lässt aufgrund der Naturalisierung der jeweiligen Kultur wenig Raum für deren Mitbestimmung (Rommelspacher 2009; ähnliches gilt für den „Feminismus von rechts“, Goetz 2016).

Verkannt wird folglich, dass der Prozess der politischen Befragung und Kritik nicht nur eine äußere Kategorie darstellt, sondern sich auch auf die eigenen, hegemonialen Zielstellungen, beispielsweise in Form eines festen Volkskörpers, richten muss.

Auch wenn vermutlich Einigkeit über die Ablehnung dieser Form der Betonung von Diversität (im Sinne des rechtspopulistischen Ideals des Ethnopluralismus) besteht, wird es mit Blick auf die explizite Politisierung im Namen von Diversität, wie sie sich in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen findet, jedoch schwieriger. Kritiken hierzu lassen sich der Debatte um Identitätspolitik entnehmen. So ist beispielsweise der Kern des *Essentialismusvorwurfes* (van Dyk 2019), dass der normative Fokus auf Identität und Diversität ausschließende Gruppierungen erzeugt. Der Partikularismus sozialer Bewegungen führe, so beschreibt es beispielsweise Francis Fukuyama, nicht zu einer Angleichung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, sondern verhärtet deren Gegensätze (Fukuyama 2018: 97). Die akademischen Kritiken greifen für dieses Position vorwiegend auf liberale Argumente zurück. Gemäß Otto Depenheuer wird beispielsweise argumentiert, dass die „freiheitliche Demokratie unter einer moralischen Sprachrepression“ (Depenheuer 2017: 133) leide. Die These lautet, dass Identitätspolitik aufgrund ihrer neotribalen Tendenz grundlegende Institutionen des liberalen Verfassungsstaates in Frage stelle, wie zum Beispiel das Mehrheitsprinzip oder den Gleichheitsgrundsatz (vgl. Schorkopf 2017).

Auf der einen Seite ist den liberalen Verteidigungsstrategien vorzuwerfen, dass sie einen Pluralitätsbegriff verwenden, der die Unterdrückung des Besonderen verkennt und somit fälschlicherweise von einem gleichberechtigten Diskurs ausgeht (vgl. Schubert 2023). Auf der anderen Seite müssen die Befürworter:innen von Identitätspolitik auf die Kritik antworten, ob nicht Praktiken des Ausschlusses, sei es in Form von Rede- oder Teilnahmeverboten bis hin zu Vorstellungen existenzieller Feindschaft, nicht selbst hegemoniale Strukturen erzeugen, die eigentlich aufgebrochen werden sollten. Deshalb wird häufig auf Gayatri Chakravorty Spivaks Prinzips des „strategischen Essentialismus“ (Guha/Spivak 1988) verwiesen. Für diesen kann zum Beispiel die Übernahme afroamerikanischer oder indigener Identitäten (meistens von den Kolonialmächten konstruiert) nicht die tatsächliche Diversität dieser subalternen Gruppen widerspiegeln, aber die scheinbare Einheit war und ist hilfreich für die Durchsetzung emanzipatorischer Anliegen oder das Einklagen von Rechten. Dieser performative und strategische Einsatz flexibilisiert das Identitätskonzept, indem „Traditionen,

Objekte, Protestrepertoires, Habitus und Stile eigenständig angeeignet und in einen Zusammenhang gestellt werden, aus dem neue Identitätsformen entstehen.“ (Schubert/Schwartz 2021: 582) Identität schließt deshalb hier nicht zwangsläufig aus, da die Kritik sich nicht nur gegen bestimmte Personen richtet, sondern gegen eine bestimmte Machtkonstellation.

Neben diesen strategischen Überlegungen werden Diversitäts- und Identitätspolitik auch durch ihre Funktion zur Infragestellung von Privilegien gerechtfertigt (vgl. Schubert 2020). ‚Privilege Studies‘ analysieren und kritisieren die Dominanz, die sich in gesellschaftlichen Strukturen manifestiert und reproduziert, sowie die Vorteile, die durch bestimmte Zuschreibungen genossen werden (vgl. Foroutan 2018: 21). Dabei ist es wichtig, die Komplexität dieser Verhältnisse anzuerkennen (vgl. Case/Luzzini/Hopkins 2012), ohne historische Identitäten erneut zu naturalisieren oder den rein strategischen Einsatz zu vergessen. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn die eingangs dargelegten Ansprüche auf Freiheit und Gleichheit als Ansprüche bestimmter, fest definierter Identitäten interpretiert werden.

Die Darstellung verdeutlicht, dass vor allem dann von Blockaden zu sprechen ist, wenn der Kampf um Hegemonie nicht als ein fortwährender oder permanenter Prozess betrachtet wird. Dies bedeutet, dass er sich nicht in einem einzigen Moment realisieren kann und folglich das von mir vorgestellte Diversitätskonzept aus einer Metaperspektive oder einer makrosoziologischen Perspektive gedacht wird, anstatt aus der individuellen Perspektive, da es in seiner normativ-demokratiethoretischen Verteidigung gerade nicht auf die Ausbildung vielfältiger, aber dennoch fester Zuschreibungen abzielt.⁷

Kontingenzaffirmation und Kulturalismusvorwurf

Entscheidender scheint mir daher neben dem emanzipatorischen Anspruch der Schnittstelle *Hegemonie/Diversität* einen Blick auf die Schnittstelle *Kontingenz/Diversität* zu werfen. Hier lautete die Kritik, dass der Fokus

7 Im Einklang mit dieser Argumentation ergeben sich positive Implikationen für die Implementierung von Diversitätsmanagement, da es eine Form der Institutionalisierung diversitätssensibler Ansätze darstellt, die als übergeordnete Struktur von den konkreten Identitäten abstrahiert ist. Dabei sollte Diversitätsmanagement nicht nur die Funktion einer „Legitimationsfassade“ übernehmen und gängige gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede betonen, sondern kontinuierlich die festgelegten identitären Zuschreibungen in Frage stellen (vgl. Süß 2010).

auf Differenz und das Besondere gerade keine Sensibilität und Verantwortung für den oder die anderen erzeugt. Auch hier kann auf eine Kritik zurückgegriffen werden, die sich in der Debatte um Identitätspolitik findet. Zusammengefasst als *Kulturalismusvorwurf* wird auf drei Perspektiven Bezug genommen.

Erstens lautet die Kritik, dass sich Unterschiede aufgrund der Hegemonie sozialkonstruktivistischer und postmarxistischer Theorien maßgeblich durch kulturelle Marker definieren. Von Richard Rorty bis Slavoj Žižek und Mark Lilla wird deshalb kritisiert, dass dadurch die eigentlichen sozioökonomischen Probleme verkannt werden und sich Ungleichheiten vielmehr gesteigert und reproduziert haben. Die Klassenfrage, so heißt es im Einführungsband zur Identitätspolitik von Lea Sussemichel und Jens Kastner, werde laut Kritikern aufgrund der „ständigen Diskussion um inkludierende Sprachregelungen, um Transgender-Toiletten und die richtige Adressierung von People of Color“ (Sussemichel/Kastner 2020: 12) nicht mehr gestellt.

Auch wenn dieses Urteil zu pauschal ausfällt, sprechen zumindest einige harte Fakten (zum Beispiel soziale Mobilität, Vermögensverteilung) für eine Kontinuität von Ungerechtigkeitsverhältnissen trotz gestiegenen Bewusstseins für Diversität. Hilfreich wäre erneut eine Ausdifferenzierung, da sich kulturelle Privilegien und Armut durchaus überschneiden können. Hinzu kommt, dass viele der identitätspolitischen Bewegungen ebenfalls „gegen Ausbeutung und ökonomische Deklassierung protestieren“ (van Dyk/Graefe 2019) und gleichzeitig sozioökonomische Prekarisierung besonders in rechtspopulistischen Bewegungen identitätspolitisch verarbeitet wird.

Zweitens wiederholt sich der bereits im Essentialismusvorwurf erörterte Vorwurf einer Naturalisierung kultureller Artefakte, die als Eigentum bestimmter kultureller Gruppen angesehen werden (Mode, Frisuren usw.). Besonders prominent ist die Debatte über kulturelle Aneignung, weil oft unklar ist, wer den Zweck der Aneignung (Bereicherung oder Ausbeutung) definiert (vgl. Kastner/Sussemichel 2022). Die Annahme „klar abgrenzbaren Kulturen“ lässt sich als Bruch mit der Prämisse der Kontingenz lesen, weil sie „die historisch vielfältigen Aneignungsprozesse“ (Marz 2022) erkennt.

Drittens, und das schließt direkt an einen problematischen Umgang mit Identität und Kultur an, richtet sich die Kritik gegen die Transformation von Diversität und Kultur zu bloßen in der Warenform verwertbaren Konsumobjekten. Diese Kritik mündet dann in dem Vorwurf, dass der Fokus auf Diversität und Identität in einer Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus steht. Kapitalismuskritische Arbeiten haben früh darauf hingewiesen,

dass nach der kapitalistischen Verwertungslogik Kritik und Besonderheit ein Innovationstreiber sein können. Der Ruf nach Autonomie und Einzigartigkeit gilt seit den Arbeiten zur Warenästhetik (Haug 2017) und spätestens seit Andreas Reckwitz' Buch *Gesellschaft der Singularitäten* (2018) als Teil der Kritik an einer Aufmerksamkeitsökonomie. Nancy Fraser spricht sogar von einem „progressiven Neoliberalismus“, unter dem sie eine „Allianz zwischen tonangebenden Strömungen der neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und den Verfechtern von LGBTQ-Rechten) und kommerziellen, oft dienstleistungsbasierten Sektoren von hohem Symbolgehalt (Wall Street, Silicon Valley und Hollywood)“ (Fraser 2017: 73) versteht, wobei erstere für letztere eine Art moralischen Schutzschild darstellen. Silke van Dyk macht jedoch trotz der Plausibilität dieser Kritik deutlich, dass sie vielfach mit Pauschalurteilen arbeitet, weil eine „aktive Komplizenschaft unterstellt [wird], wo die soziologischen Diagnosen historisch eine strukturelle Passfähigkeit der Inhalte und eine Umdeutung emanzipatorischer Perspektiven ausgemacht haben.“ Jedoch schließt der Missbrauch „reale Autonomie- und Anerkennungsgewinne“ (van Dyk 2019) nicht aus.

Den Kulturalismusvorwurf eint, dass er Zweifel an der beschriebenen postfundamentalistischen Theorie der Anerkennung äußert. Der ethische Wert einer Erkenntnis über die Unklarheit in Bezug auf Identitätsbestimmungen wird durch eine kulturelle Selbstbezogenheit oder die Reduzierung von Diversität auf Marktstrategien konterkariert. Die so erzeugte Sensibilität entspricht nicht mehr der Sensibilität, die unter dem Konzept der Kontingenz als normativer Gewinn des Diversitätsparadigmas beschrieben wurde. Wie Zygmunt Bauman eindrucksvoll als eine Bedingung der Postmoderne beschreibt, kann Toleranz auch Desinteresse und Gleichgültigkeit bedeuten. Individualisierungsprozesse und der Fokus auf das Eigene können zu Entsolidarisierungsprozessen führen. Unter dem Schlagwort der „ästhetischen Gemeinschaft“ (Bauman 2016: 370) oder „Gemeinschaft der Nichtzugehörigen und Einzelgänger“ (Bauman 2019) versucht er, einen Zeitgeist zu benennen, der sich in dem Bewusstsein von letztlich fließenden (liquiden) Identitäten als die eigentliche Vorstellung von Individualität manifestiert und zu einem Fokus auf die eigene Selbstgestaltung führt. Selbstbestimmung wird dann als ein singulärer Prozess gedacht und nicht mehr, wie es Bauman in Anlehnung an Hannah Arendt versteht, als eine Form des Miteinanders. Obwohl seine Beschreibungen mitunter vage sind, weisen sie doch auf die Ambivalenz des Konzepts hin oder darauf, dass Di-

versität nicht zwangsläufig zu einer postfundamentalistischen Anerkennung führen muss.

Die Darstellung des Spannungsfeldes zwischen Kritik und Gegenkritik eröffnet die Möglichkeit, im Rahmen eines ideologiekritischen Ansatzes mögliche Hindernisse sichtbar zu machen. Diversität wird immer dann problematisch, wenn der Anspruch einer nicht abschließbaren Praxis in den Hintergrund tritt. Abschließend bleibt daher die Frage offen, wie das Potenzial des zuvor beschriebenen universalistischen Ansatzes zu beurteilen ist.

Fazit

Das Ziel dieses Artikels bestand darin, den normativen Anspruch von Diversität zu hinterfragen und potenzielle Grenzen und Widersprüche aufzudecken. Dies wurde in zwei Schritten erreicht: Erstens durch die kontroverse Rekonstruktion eines universalistischen Anspruchs poststrukturalistischer Prämissen, die den normativen Gehalt von Diversitätspolitik beschreiben. Zweitens durch die Anwendung ideologiekritischer Ansätze, um zu untersuchen, wann dieser Gehalt berechtigterweise problematisiert werden kann.

Gemeinsam ist den beiden von mir diskutierten Kritikfeldern (Essentialismusvorwurf, Kulturalismusvorwurf), dass sie ein Scheitern formulieren, wenn der Fokus auf die eigene Besonderheit und Verschiedenheit den Blick über die eigene Situation hinaus verdeckt. Das gilt für gegenhegemoniale Bewegungen, wenn sie sich selbst als hegemonial etablieren, als auch für kontingenzsensible Politiken, die auf einen Selbstgestaltungsprozess fokussieren. Problematisch scheint zu sein, dass sowohl das Hegemonie- als auch das Kontingenzkonzept einer über das Selbst hinausgehenden Abstraktionsgrad einfordern: Einerseits als nicht abschließbares Ringen um Hegemonie, andererseits als Verflüssigung nicht nur meiner, sondern aller Identitäten.

Beschrieben werden kann dieser Abstraktionsgrad als spezifische Form eines anti-substanzialistischen Universalismus, der sich als nicht abschließbare Praxis realisiert und dieser Praxis aber einen Eigenwert beimisst. Van Dyk spricht beispielsweise von einem „rebellischen Universalismus“ (van Dyk 2019), der sich in ständigen Kämpfen um das fälschlicherweise ‚Normale‘ und ‚Allgemeine‘ realisiert und auch bei Rentsch finden sich Rekonstruktionen zu einem „postdogmatische[n] und posttraditionalisti-

sche[n] Vernunftverständnis“ (Rentsch 2000: 15). Eine solche von mir als *Ethik der Differenz* bezeichnete Struktur ist keine Neuerfindung, ihr wird aber in der gegenwärtigen Debatte wenig Raum gegeben bzw. erzeugt das Konzept durch die ihm eigene Struktur Schwierigkeiten. Das zentrale Problem besteht nämlich darin, dass diese Form der Normativität Ambivalenz und Unbestimmtheit als intrinsischen Wert betrachtet, ebenso wie die im Text ambivalente Beschreibung der Herausforderungen und Vorteile der Diversitätspolitik. Diese Auffassung bezieht sich aber weniger auf feste Normensysteme, die zwischen richtiger und falscher Diversität unterscheiden, sondern vielmehr auf den im Text beschriebenen fortwährenden Reflexions- und Befragungsprozess, der an sich einen eigenständigen Wert besitzt. Das Ziel des Textes war es, auf dieses Verhältnis hinzuweisen und somit auf eine Struktur aufmerksam zu machen, deren gezielte Darstellung und Beschreibung weiterhin erforderlich ist. Dabei wird jedoch gleichzeitig und trotz ihrer Unvollständigkeit deutlich, dass die einfache Kritik an einer Fokussierung auf Besonderheiten im Kontext der Diversität zu kurz greift.

Literaturverzeichnis

- AG Queer Studies 2016: Queere Kritik zu Diversity und Gleichstellung – und was sich sonst ändern muss. In: Jürgen Homann (Hg.): *UniVision 2020. Perspektiven für eine barriere- und diskriminierungsfreie Hochschule*. Unter Mitarbeit von Lars Bruhn. Herbolzheim: Centaurus Verlag & Media, 110–134.
- Bauman, Zygmunt 2016: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. 3. Auflage. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt 2019: *Gemeinschaften. Auf der Suche nach Sicherheit in einer bedrohlichen Welt*. Deutsche Erstausgabe, 5. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benoist, Alain de/Lührmann, Silke 2004: *Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen*. Berlin: Junge Freiheit.
- Boehm, Omri 2023: *Radikaler Universalismus. Jenseits von Identität*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Case, Kim A./Luzzini, Jonathan/Hopkins, Morgan 2012: Systems of Privilege: Intersections, Awareness, and Applications. In: *Journal of Social Issues* 68:1, 1–10. DOI: 10.1111/j.1540-4560.2011.01732.x.
- Celikates, Robin 2017: Epistemische Ungerechtigkeit, Loopingeffekte und Ideologiekritik. Eine sozialphilosophische Perspektive. In: *Westend* 2, 53–72.
- Depenheuer, Otto 2017: Das Ende der Political Correctness. In: *AfP* 48:2, 133–137. DOI: 10.9785/afp-2017-0206.
- Eagleton, Terry 2000: *Ideologie. Eine Einführung*. Stuttgart: J. B. Metzler.
- Efinger, Svenja: Wer braucht schon Diversität? – Widerständen gegen Diversity begegnen. <https://blogs.fu-berlin.de/toolbox/2022/07/06/widerstaende-gegen-diversity/> (04.10.23).

- Flügel-Martinsen, Oliver 2020: Radikale Demokratietheorien zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2022: Radikale Demokratietheorie unter Normalisierungsdruck. In: *Leviathan* 50:4, 557–576. DOI: 10.5771/0340-0425-2022-4-557.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska 2023: Kritik der Demokratie - demokratische Kritik. Radikale Demokratietheorien und Normativität. In: von Ramin, Lucas/Schubert, Karsten/Gengnagel, Vincent/Spoo, Georg (Hg.): *Transformationen des Politischen. Radikaldemokratische Theorien für die 2020er Jahre*. Bielefeld: transcript, 129–144.
- Foroutan, Naika 2018: Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften. In: Hill, Marc/Yildiz, Erol (Hg.): *Postmigrantische Visionen*. Bielefeld: transcript, 15–28.
- Fraser, Nancy 2017: Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, 71–76.
- Fukuyama, Francis 2018: *Identity. Contemporary identity politics and the struggle for recognition*. London: Profile Books.
- Gebh, Sara 2022: Denken in Alternativen: Für eine offensive Verteidigung der Radikaldemokratie. In: *Leviathan* 50:4, 577–594. DOI: 10.5771/0340-0425-2022-4-577.
- Gebh, Sara 2023: Exzessive Freiheit: Lizenz als grundloser Grund der Radikaldemokratie? In: von Ramin, Lucas/Schubert, Karsten/Gengnagel, Vincent/Spoo, Georg (Hg.): *Transformationen des Politischen. Radikaldemokratische Theorien für die 2020er Jahre*. Bielefeld: transcript, 163–182.
- Goetz, Anja 2016: Feminismus von rechts? – Eine unbehagliche Frage. In: *Femina Politica* 2, 129–138.
- Guha, Ranajit/Spivak, Gayatri Chakravorty (Hg.) 1988: *Selected subaltern studies*. Oxford University Press. New York/Oxford: Oxford University Press.
- Harell, Allison/Stolle, Dietlind 2010: Diversity and Democratic Politics: An Introduction. In: *Canadian Journal of Political Science* 43:2, 235–256.
- Haug, Wolfgang Fritz 2017: *Kritik der Warenästhetik*. Überarbeitete Neuauflage, 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hirschauer, Stefan 2014: Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten / Un/doing Differences. The Contingency of Social Belonging. In: *Zeitschrift für Soziologie* 43:3, 170–191. DOI: 10.1515/zfsoz-2014-0302.
- Jaeggi, Rahel 2016: Was ist Ideologiekritik? In: Jaeggi, Rael/Wesche, Tilo (Hg.): *Was ist Kritik?* 4. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 266–299.
- Kastner, Jens/Susemichel, Lea 2022: Die Freiheit der Kunst zwischen Cancel Culture und Cultural Appropriation. DOI: 10.11588/XXI.2022.2.89067.
- Krasmann, Susanne 2012: Jacques Rancière: Politik und Polizei im Unvernehmen. In: Bröckling, Ulrich (Hg.): *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*. 3., unveränderte Auflage. Bielefeld: transcript, 77–99.
- Krell, Gertraude 2015: Kritik an Gender und Diversity – Gender und Diversity als Kritik: Das Beispiel Betriebswirtschaftslehre. In: Hanappi-Egger, Edeltraud (Hg.): *Diversität, Diversifizierung und (Ent)Solidarisierung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 87–107.

- Kymlicka, Will 2013: Multicultural citizenship. A liberal theory of minority rights. Oxford: Clarendon Press.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2015: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. 5. überarbeitete Auflage. Wien: Passagen Verlag.
- Lilla, Mark 2017: The once and future liberal. After identity politics. New York: Harper-Collins.
- Lindner, Urs 2018: Diversität und Transdisziplinarität. In: ZDfm 3:2, 178–182. DOI: 10.3224/zdfm.v3i2.05.
- Marchart, Oliver 2016: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. 3. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Marz, Ulrike 2022: Critical Whiteness. Theoretische Einordnung und Grenzen des Ansatzes für die Rassismuskritik in Deutschland. In: Elbe, Ingo/Forstenhäusler, Robin/Henkemann, Katrin/Rickermann, Jan/Schneider, Hagen/Stahl, Andreas (Hg.): Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik. 1. Auflage. Berlin: Edition TIAMAT, 15–46.
- Mason, Andrew 2007: Multiculturalism and the critique of essentialism. In: Laden, Anthony Simon/Owen, David (Hg.): Multiculturalism and political theory. Cambridge: Cambridge University Press, 221–243.
- Pradella, Marian 2020: Universalismus und partikulare Neogemeinschaftlichkeit in der zivilen Sphäre der Spätmoderne. In: ZKKW 6:1, 79–110. DOI: 10.14361/zkkw-2020-060105.
- Ramin, Lucas von 2021: Die Substanz der Substanzlosigkeit: Das Normativitätsproblem radikaler Demokratietheorie. In: Leviathan 49:3, 337–360. DOI: 10.5771/0340-0425-2021-3-337.
- Ramin, Lucas von 2022: Politik der Ungewissheit: Grenzen postmoderner Sozialphilosophie in Anschluss an Richard Rorty, Zygmunt Bauman und Oliver Marchart. Bielefeld: transcript.
- Ramin, Lucas von/Schubert, Karsten/Gengnagel, Vincent/Spoo, Georg (Hg.) 2023: Transformationen des Politischen. Radikaldemokratische Theorien für die 2020er Jahre. Bielefeld: transcript.
- Rancière, Jacques 2008: Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien. 2., durchgesehene Auflage. Berlin: b-books.
- Rancière, Jacques 2018: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas 2018: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. 6. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Rentsch, Thomas 2000: Negativität und praktische Vernunft. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rommelspacher, Birgit 2009: Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. 2. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Schorkopf, Frank 2017: Staat und Diversität. Agonaler Pluralismus für die liberale Demokratie. Paderborn: Brill | Schöningh.

- Schubert, Karsten 2018: Freiheit als Kritik. Sozialphilosophie nach Foucault. Bielefeld: transcript.
- Schubert, Karsten 2020: „Political Correctness“ als Sklavenmoral? Zur politischen Theorie der Privilegienkritik. In: *Leviathan* 48:1, 29–51. DOI: 10.5771/0340-0425-2020-1-29.
- Schubert, Karsten 2023: Identity politics and the democratization of democracy: Oscillations between power and reason in radical democratic and standpoint theory. In: *Constellations* 31:4, 563–579. DOI: 10.1111/1467-8675.12715.
- Schubert, Karsten 2024: Lob der Identitätspolitik. München: C.H. Beck.
- Schubert, Karsten/Schwartz, Helge 2021: Konstruktivistische Identitätspolitik. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31:4, 565–593. DOI: 10.1007/s41358-021-00291-2.
- Schubert, Sophia 2012: Zwischen Universalismus und Relativismus. Die multikulturalistische Demokratietheorie. In: Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 387–416.
- Stahl, Titus 2020: Immanent Critique, 2020. <https://www.titus-stahl.de/publication/stahl-immanent-critique-2022/> (05.09.2023).
- Stahl, Titus 2021: Ideologiekritik als Kritik sozialer Praktiken. Eine expressivistische Rekonstruktion der Kritik falschen Bewusstseins. In: Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel (Hg.): *Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis*. 4. Auflage. Berlin: Suhrkamp, 228–254.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens 2020: Identitätspolitik. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken. 2. Auflage. Münster: Unrast.
- Süß, Stefan 2010: Quo vadis Diversity-Management: Legitimationsfassade oder professionelles Management personeller Vielfalt? In: *Zeitschrift für Management* 5:3, 283–304. DOI: 10.1007/s12354-010-0128-7.
- van Dyk, Silke 2019: Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69:9–11, 25–32.
- van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie 2019: Wer ist schuld am Rechtspopulismus? Zur Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose: eine Kritik. In: *Leviathan* 47:4, 405–427. DOI: 10.5771/0340-0425-2019-4-405.
- Vennmann, Stefan 2018: Elemente des identitären Antisemitismus: Philosophische Reflexionen über die falsche Wahrheit der Identitären Bewegung. In: *diskurs* 4, 1–25.
- Zima, Peter V. 2016: *Moderne / Postmoderne. Gesellschaft, Philosophie, Literatur*. 4. Auflage. Stuttgart: UTB.

